

## Volksinitiative "zur Verhinderung missbräuchlicher Preise"

Abstimmung vom 28. November 1982

Stellungnahme von Herrn Bundespräsident Honegger  
zur Annahme der Initiative und  
Verwerfung des Gegenvorschlages

---

Es liegt auf der Hand, dass der Abstimmungsausgang im Bundeshaus nicht eitel Freude ausgelöst hat. Den Initianten ist es offenbar gelungen, insbesondere die Frauen für ihr Anliegen zu gewinnen. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass sich die Preisüberwachung grosser Popularität erfreut und weite Kreise der Bevölkerung in ihr ein geeignetes Instrument zur Bremsung der Teuerung sehen. Der von den Initiantinnen eingereichte Vorschlag ging indes dem Bundesrat aus verschiedenen Gründen zu weit. Er beschloss daher, zusammen mit der Bundesversammlung, Volk und Ständen einen Gegenvorschlag zu unterbreiten. Dieser lehnte sich materiell eng an die Preisüberwachung von 1973 - 78 an, die sich als Mittel zur Inflationsbekämpfung bewährt hatte. Offensichtlich ist es uns aber nicht gelungen, dem Volk klar zu machen, dass unser Gegenvorschlag deckungsgleich war mit den beiden jeweils mit deutlichem Mehr von Volk und Ständen angenommenen Preisüberwachungsbeschlüssen von 1972 und 1975.

Der Bundesrat ist auch heute noch der Ansicht, dass eine dauernde Preisüberwachung kein Ersatz für fehlenden Wettbewerb ist. Er wird sich deshalb weiterhin für die Stärkung des Wettbewerbs einsetzen.

Es ist nun Aufgabe des Bundesrates und der Bundesversammlung, die Forderungen der Initiative in eine möglichst praktikable und administrierbare Form zu kleiden, um der neuen Verfassungsbestimmung auch auf Gesetzesstufe zum Durchbruch zu verhelfen. Die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes wird Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein.